Sozialdemokratische Arbeiter-Partei Rußlands.

Bericht

über den

III. Parteitag der S.-D. A.-P. R.

mit

Beifügung des Partei-Statuts

und der

wichtigsten Resolutionen, die auf dem III. Parteitag angenommen wurden.

1905.

Preis 20 Pfennig.

München bei G. Birk & Co.

Verlag von G. Birk & Co., Buchdruckerei und Verlagsanstalt in München, Wittelsbacherplatz 2:

G. v. Vollmar: Lehren und Folgen der letzten Reichstagswahlen. Preis 20 Pfennig. (27 Seiten.)

— — Die innerpolitischen Zustände des deutschen Reiches und die Sozialdemokratie. Preis 20 Pfennig. (20 Seiten.)

*** Der Fall Krupp. Preis 50 Pfennig. (62 Seiten.)

Robert Albert: Kaiseradressen! Nebst einem Anhang: Krupp'scher Wohltätigkeitsschwindel. Ein Beitrag zum Fall Krupp. Preis 20 Pfennig. (40 Seiten.)

Joh. Timm: Sozialdemokratie und Zentrum. Tatsachen-Material zur Arbeiterversicherung und Zentrumspolitik. Preis 20 Pfennig. (36 Seiten.)

H. v. R.: Fürsten-Portraits. Menschliches — Allzumenschliches. Preis 50 Pfennig. (62 Seiten.)

Hugo Egotinus: Studentenherrlichkeit. Preis 60 Pfennig. (32 Seiten.)

Rud. Krafft: Die Opfer der Kaserne. Preis 50 Pfg. (96 Seiten.)

Paul Kampffmeyer: Wandlungen in der Theorie und Taktik der Sozialdemokratie. Preis 75 Pfennig. (104 Seiten.)



Genossen-Arbeiter! Vor kurzem wurde der dritte Parteitag der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands abgehalten, welcher eine neue Aera in der Geschichte unserer sozialdemokratischen Arbeiterbewegung eröffnen soll. Rußland durchlebt jetzt einen großen geschichtlichen Moment. Die Revolution ist schon ausgebrochen und greift immer weiter um sich, sie erfaßt immer neue Gegenden und neue Schichten der Bevölkerung. Das Proletariat steht an der Spitze der kampfesmutigen Kräfte der Revolution. Es hat schon die größten Opfer der Sache der Freiheit gebracht und rüstet sich zur entscheidenden Schlacht mit dem zarischen Absolutismus. Die klassenbewußten Vertreter des Proletariats wissen, daß die jetzt zu erkämpfende Freiheit die arbeitenden Massen noch nicht vom Elend, von Bedrückung und Ausbeutung befreien wird. Die Bourgeoisie, die heute für die Sache der Freiheit eintritt, wird am nächsten Tage nach der Revolution bemüht sein, die Arbeiter um den größten Teil der Errungenschaften der Revolution zu bringen. Die Bourgeoisie wird als unversöhnlicher Feind aller sozialistischen Forderungen des Proletariats auftreten. Aber wir haben keine Furcht vor einer freien, vereinigten und gestärkten Bourgeoisie. Wir wissen, daß die Freiheit uns die Möglichkeit eines umfangreichen, offenen Kampfes für den Sozialismus geben wird. Wir wissen, daß die ökonomische Entwickelung mit unerbitterlicher Kraft — und je freier sie vor sich geht, desto schneller — die Gewalt des Kapitalismus untergraben und den Sieg des Sozialismus herbeiführen muß.

Genossen-Arbeiter! Um dieses große Ziel zu erreichen, müssen wir alle klassenbewußten Proletarier in eine einheitliche sozialdemokratische Arbeiterpartei Rußlands vereinigen. Unsere Partei fing sich schon lange zu bilden an. Ihre ersten Anfänge wurzeln in der breiten Arbeiterbewegung der Jahre 1895—1896. Im Jahre 1898 kam der erste Kongreß zustande, der die Sozialdemokratische Arbeiterpartei Rußlands gründete und ihre nächsten Aufgaben festsetzte. Im Jahre 1903 wurde der zweite Parteitag einberufen. Dieser gab der Partei ein Programm, arbeitete eine Reihe taktischer Resolutionen aus und machte den ersten Versuch, eine einheitliche Parteiorganisation zu schaffen. Wir müssen gestehen, daß diese letzte

Aufgabe nicht von der Partei auf einmal gelöst wurde. Die Minorität des zweiten Parteitags wollte sich nicht der Majorität unterwerfen und brachte es zu einer Spaltung, die der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung einen großen Schaden beibrachte. Der erste Schritt zu dieser Spaltung war die Weigerung der Minorität, den Beschlüssen des zweiten Parteitags Folge zu leisten und unter der Leitung der vom Parteitag gewählten Zentralinstitutionen zu arbeiten; der letzte Schritt war die Weigerung der Minorität, auf dem dritten Parteitag zu erscheinen. Der dritte Parteitag wurde von einem, von der Mehrheit der in Rußland arbeitenden Komitees, gewählten Bureaus und vom Zentralkomitee der Partei einberufen. Zum Parteitag wurden alle Komitees, alle Gruppen, die sich von den Lokalkomitees losgetrennt hatten und alle mit den Komitees unzufriedenen Peripherien geladen, und eine große Mehrzahl dieser Organisationen, darunter fast alle Komitees und Organisationen der Minorität, haben ihre Delegierten gewählt und zum Parteitag in das Ausland geschickt.

So war alles getan, was unter unseren Polizeiverhältnissen möglich ist, um wirklich einen allgemeinen vollbesuchten Parteitag zustande zu bringen, und nur die Quertreibereien dreier Mitglieder des früheren Parteirats führten zum Boykott des Parteitags durch die Parteiminorität. Wie aus der beigefügten Resolution ersichtlich, wälzt der dritte Parteitag die ganze Verantwortung für die jetzige Spaltung der Partei auf diese drei Mitglieder des früheren Parteirats. Aber trotz der Abwesenheit der Minorität, hat der dritte Parteitag alle Mittel aufgeboten, um der Minorität die Möglichkeit zu gewähren, mit der Majorität zusammen in einer Partei zu arbeiten. Der dritte Parteitag sprach sich gegen die Rückkehr zu den alten überlebten Anschauungen des „Oekonomismus" aus, die sich in unserer Partei bemerkbar machen, aber zur selben Zeit schaffte er genau bestimmte Garantien der Rechte der Minderheit durch das für alle Parteimitglieder obligatorische Parteistatut. Die Minorität hat jetzt ein unbedingtes, durch das Parteistatut garantiertes Recht, ihre Ansichten zu verteidigen, einen Ideenkampf zu führen, wenn nur die Diskussion und die Meinungsverschiedenheit nicht zur Desorganisation führen, die regelmäßige und positive Arbeit nicht gestört, unsere Kräfte nicht gespaltet und der gemeinsame Kampf unserer Partei gegen den Absolutismus und Kapitalismus nicht gehindert wird. Das Recht, Parteiliteratur herauszugeben, wurde jetzt einer jeden vollberechtigten Parteiorganisation eingeräumt. Das Zentralkomitee wurde verpflichtet, jede Parteiliteratur zu verbreiten, wenn es von fünf vollberechtigten Komitees verlangt wird. Die Autonomie der Komitees wurde genauer formuliert; der Personalbestand der Komitees wurde für unantastbar erklärt, d. h. dem Zentral-

komitee wurde das Recht entzogen, Komiteemitglieder auszuschließen und neue Mitglieder in die Komitees gegen deren Willen einzuführen. Die einzige Ausnahme von dieser Regel wurde nur dann gestattet, wenn Zweidrittel der organisierten Arbeiter eines Bezirkes oder Ortes die Auflösung des gegenwärtigen, ihres örtlichen Komitees, verlangen: in diesem Falle wird das betreffende Komitee aufgelöst, wenn Zweidrittel des Zentralkomitees mit dieser Forderung einverstanden sind. Allen Lokalkomitees wurde das Recht eingeräumt, andere Organisationen als Parteiorganisationen zu bestätigen. Die Peripherie bekam das Recht, Kandidaten zur Aufnahme in das Komitee vorzuschlagen. Die Parteigrenzen wurden dem Wunsche der Parteimajorität gemäß genauer bestimmt. Es wurde eine Zentralstelle, anstatt der früheren zwei oder drei, geschaffen. Es wurde ein entschiedenes Uebergewicht der in Rußland arbeitenden Genossen gegenüber dem ausländischen Teil unserer Partei garantiert. Kurz, der dritte Parteitag hat alles aufgeboten, um jedem Vorwurf, als ob die Majorität ihr Uebergewicht zu einer rein mechanischen Unterdrückung der Minorität zur despotischen Herrschaft der zentralen Parteiinstitutionen usw. mißbraucht hätte, vorzubeugen. Der Parteitag hat allen Sozialdemokraten die vollständige Möglichkeit geschaffen, zusammen zu arbeiten, geschlossen in Reih und Glied zu marschieren in einer Partei, die lebenskräftig und stark genug ist, um die Traditionen des alten Zirkelwesens zu lähmen, um alle Spuren der vergangenen Zwistigkeiten und kleinlichen Konflikte auszuwischen. Mögen jetzt alle aktiven Sozialdemokraten, denen wirklich das Parteileben am Herzen liegt, dem Rufe des dritten Parteitags folgen. Mögen die Beschlüsse des Parteitags als Ausgangspunkt zur Schaffung einer Parteieinheit, zur Beseitigung einer jeden Desorganisation, zur Festigung des Zusammenschlusses der Reihen des Proletariats dienen. Wir sind überzeugt, daß die klassenbewußten Arbeiter, die mehr als andere die Bedeutung einer einheitlichen, geschlossenen Arbeit erkennen, die tiefer als andere den großen Schaden, den die Zwistigkeiten, das Hin- und Herschwanken und die Spaltung verursacht haben, empfinden, jetzt alle Mühe, ihre ganze Energie aufbieten werden, um alle Mitglieder, wie der unteren so auch der oberen Schichten unserer Partei, zur Anerkennung der Parteidisziplin zu zwingen. Der dritte Parteitag war bemüht, in allen Fragen der Organisation und Taktik die verbindende Linie mit den Arbeiten des zweiten Parteitags aufrecht zu erhalten. Dabei versuchte er aber auch den neuen Aufgaben der Gegenwart gerecht zu werden. Er faßte Resolutionen über die Vorbereitung der Partei zum offenen Hervortreten, über die Notwendigkeit einer energischen, praktischen Beteiligung am bewaffneten Aufstande und über die Leitung dieses Aufstandes

durch die Partei, endlich über die Stellung der Partei zur provisorischen revolutionären Regierung. Der Parteitag lenkte die Aufmerksamkeit aller Parteigenossen auf die Notwendigkeit, jede Gewalttat der Regierung, jede faktische oder juridische Erweiterung der Freiheit zur Befestigung der Klassenorganisation des Proletariats und zur Vorbereitung seines offenen Hervortretens auszunützen. Aber außer diesen allgemeinen und Grundaufgaben einer S.-D.-A.-Partei wird im gegenwärtigen revolutionären Moment unserer Partei die Rolle eines Vorkämpfers für die Freiheit, die Rolle der Avantgarde im bewaffneten Aufstande gegen den Absolutismus aufgezwungen. Je hartnäckiger der Widerstand des zarischen Absolutismus gegen den Freiheitsdrang des Volkes wird, desto mächtiger wird die Wucht des revolutionären Sturmes wachsen, desto sicherer wird der volle Sieg der Demokratie mit der Arbeiterklasse an der Spitze sein. Eine siegreiche Revolution durchzuführen, ihre Errungenschaften zu befestigen und zu verteidigen, das ist die kolossale Aufgabe, die auf die Schulter des Proletariats Rußlands gewälzt ist. Aber das Proletariat schrickt nicht vor großen Aufgaben zurück. Mit Verachtung wird es alle diejenigen von sich abschütteln, die ihm ein Unglück aus seinem Siege prophezeien. Das Proletariat Rußlands wird es wohl verstehen, seine Pflicht zu Ende zu führen. Es wird verstehen, sich an die Spitze des im bewaffneten Aufstand getretenen Volkes zu stellen. Es wird nicht zurückschrecken vor der schweren Aufgabe, an der provisorischen revolutionären Regierung teilzunehmen, falls diese Aufgabe ihm zufallen sollte. Es wird verstehen, alle kontrerevolutionären Versuche abzuschlagen, es wird unbarmherzig alle Feinde der Freiheit zertreten; mit seiner Brust wird es die demokratische Republik schützen und auf dem Wege der Revolution wird es die Verwirklichung unseres ganzen Minimalprogramms erkämpfen. Die Proletarier Rußlands werden sich nicht vor diesem Ausgang fürchten, sie werden ihn leidenschaftlich erstreben.

Indem wir in der bevorstehenden demokratischen Revolution den Sieg davontragen, werden wir damit einen riesigen Schritt vorwärts zu unserem sozialdemokratischen Ziele machen. Wir werden damit *ganz Europa von dem schweren Joch einer räuberischen Militärmacht befreien und unseren Brüdern, den klassenbewußten Arbeitern der ganzen Welt, helfen, schneller, entschiedener und zuversichtlicher dem Sozialismus näher zu treten*, unseren Brüdern, die unter einer bürgerlichen Reaktion schmachten und sich schon jetzt geistig aufmuntern am Anblick der Errungenschaften der Revolution in Rußland. Mit Hilfe des sozialistischen Proletariats Europas werden wir nicht nur die demokratische Republik zu verteidigen imstande sein, sondern

wir werden auch die Möglichkeit bekommen, mit Siebenmeilenstiefeln zum Sozialismus zu eilen.

Also vorwärts, Genossen-Arbeiter, in den organisierten, einigen, geschlossenen Kampf für die Freiheit!

Es lebe die Revolution! Es lebe die internationale revolutionäre Sozialdemokratie!

Das Zentralkomitee der S.-D. A.-P. R.

Resolution über die Konstituierung des Parteitages.

Nach Anhörung und Diskussion der Berichte des Organisationskomitees und der Mandatsprüfungskommission konstatiert der Parteitag, daß auf ihm soviele Parteiorganisationen vertreten sind, daß sie zusammen mehr als die Hälfte aller zum Parteitage berechtigten Stimmen umfassen und daß folglich, laut dem wirkendem Parteistatut, kein Zweifel über die Rechtmäßigkeit des Parteitages bestehen kann.

Was den Vertrag zwischen dem Zentralkomitee und dem Bureau des Komitees der Majorität anbelangt, nach welchem der Parteitag erst dann zustande kommen soll, wenn auf ihm Zweidrittel der Delegierten aller Komitees Rußlands (die ausländische „Liga" inbegriffen) erscheinen, beschließt der Parteitag:

Dem Berichte des Organisationskomitees zufolge sahen beide Parteien, die das Organisationskomitee bildeten, den Sinn dieses Vertrags darin, daß sowohl das Zentralkomitee, als auch das Bureau der Komitees der Majorität die energischsten Mittel anwenden soll, um die Vertretung auf dem Parteitag möglichst vollständig vorzubereiten und so der Partei die Garantie zu gewähren, daß sowohl das Zentralkomitee, als auch das Bureau der Komitees der Majorität einen wirklichen Kongreß der ganzen Partei und nicht bloß einer Fraktion einzuberufen gedenken. Dieser Punkt des Vertrags sollte aber keineswegs den Paragraphen des Parteistatuts annulieren, demzufolge ein Parteitag beschlußfähig ist, wenn auf demselben mehr als die Hälfte aller Stimmen vertreten ist. Was die Vollzähligkeit der Vertretung anbetrifft, so muß der Parteitag konstatieren, daß in dieser Hinsicht alles nur mögliche unternommen wurde. Nur vom Astrachanschen Komitee und vom Komiteeverbande der Krim sind keine Nachrichten eingelaufen. Von den übrigen auf dem Parteitag nicht vertretenen Komitees haben 9 Organisationen*) ihre Delegierten gewählt und nach

*) Die Komitees von Don, Kieff, Kuban, Twer, Charkoff, Smolensk, Ekaterinoslaff und die Verbände von Sibirien und Donez.

dem Auslande abgesandt. 2 Komitees, und zwar diejenigen von Twer und Kuban, erteilten ihre Mandate im Ausland lebenden Genossen. Wenn wir diese Organisationen zu den 20 auf dem Parteitag vertretenen hinzufügen, so bekommen wir 29 Organisationen, d. h. viel mehr als Dreiviertel aller vollberechtigten Komitees, deren Zahl 34 beträgt.*)

Daß die 9 erwähnten Delegierten nicht auf dem Parteitag erschienen sind, obgleich sie von ihren Komitees betreffende Mandate erhalten haben und schon im Auslande anwesend waren, ist keineswegs der Schuld des Organisationskomitees zuzuschreiben, sondern einzig und allein dadurch zu erklären, daß alle Mühe des Organisationskomitees, eine vollständige Repräsentation auf dem Parteitage zu schaffen, an dem parteiwidrigen Widerstand dreier im Ausland lebender Mitglieder des Parteirats zunichte wurde. Auf diese Weise haben die drei Mitglieder des Parteirats den klar geäußerten Willen der Partei nicht befolgt und dadurch sich selbst außerhalb der Partei gestellt. In Anbetracht dieser Tatsache wälzt der Parteitag die ganze Schuld für die Spaltung der Partei eben auf diese drei Mitglieder — Plechanow, Axelrod und Martoff — des früheren Parteirats. Dabei spricht der Parteitag sein tiefes Bedauern über diese Spaltung und drückt seine innigste Ueberzeugung aus, daß die Einheit der Partei recht bald wiederhergestellt sein wird, da diese Einheit in den Interessen des Proletariats Rußlands im gegenwärtigen kritischen Moment des revolutionären Kampfes unbedingt notwendig ist.

Anmerkung. In Ergänzung dieser Resolution, die am Anfange der Tagung angenommen wurde, hält es das Zentralkomitee für notwendig, noch folgendes hinzuzufügen: Die allgemeine Zahl der vollberechtigten Stimmen unserer Partei wurde endgültig vom Parteitag auf 71 festgesetzt, d. h. 62 Stimmen von den 31 vollberechtigten Organisationen und 9 Stimmen über die die Zentralinstitutionen verfügten. Die Komitees von Kasan, Kuban und Krementschny wurden vom Parteitag für nicht vollberechtigt erklärt. Auf dem Parteitag waren Delegierte von folgenden Organisationen anwesend: Von den Komitees von Moskau, Petersburg, Twer (erschien später), Riga, Nord, Tula, Nischni-Nowgorod, Ural, Samara, Saratoff, Woronesch, Nikolaeff, Odessa, Poleßky, Nord-West, Kursk, Orel-Briansk und der Verband vom Kaukasus (letzterer mit 8 Stimmen, da er 4 Komitees umfaßt). Im ganzen 21 Organisationen mit 42 Stimmen, außerdem waren Delegierte vom Zentralkomitee und 2 Vertreter des Zentralkomitees im Parteirat, die alle zusammen über 4 Stimmen verfügten.

*) Die Zahl 34 ist das Maximum der vollberechtigten Organisationen, die von Anfang an in die Liste des Organisationskomitees aufgestellt wurden.

Im ganzen waren 46 von den 71 beschlußfähigen Stimmen anwesend. Mit beratenden Stimmen waren anwesend Delegierte folgender Organisationen: des Komitees von Archangelsk, Kasan, Odessa, der ausländischen Organisationen, des Verbands von Ural (kam am Ende der Tagung), der Gruppen von Ekaterinoslaff, Charkoff, Minsk und der Redaktion des „Vperiod" (Vorwärts). Der Delegierte des Krementschuger Komitees hatte den Auftrag, zum Parteitag zu kommen, kam aber zu spät. Während der Tagung des dritten Parteitags gelangte an denselben ein Schriftstück, aus dem klar hervorgeht, daß dank den Bemühungen des Organisationskomitees, einen vollzähligen Parteitag einzuberufen, Delegierte folgender Organisationen im Auslande angelangt sind: Delegierte des Komitees von Charkoff, Kieff, Ekaterinoslaff, Nikolaeff (zweites Komitee), Kuban, Don, Smolensk, der Verbände von Donez, Sibirien, Krim und der Ukrainischen S.-D.; der Gruppen des Zentralkomitees von Petersburg und Odessa; der Peripherien von Moskau und Sormovo. Dieses Schriftstück war ein Brief adressiert: „an die Genossen, die sich zu dem von dem Organisationskomitee einberufenen Parteitag versammelt haben" und unterzeichnet von den Delegierten aller ebenerwähnten Organisationen. Daraus sieht man, daß das Organisationskomitee sich wirklich Mühe gegeben hat, die Möglichkeit eines Kongresses der ganzen Partei im vollen Sinne dieses Wortes zu schaffen.

Der Parteitag hielt 26 Sitzungen ab. Auf der Tagesordnung standen folgende Fragen der Taktik: 1. Bewaffneter Aufstand. 2. Das Verhalten zu der Politik der Regierung vor und während des Umsturzes. 3. Das Verhalten zu der Bauernbewegung. Ferner Organisationsfragen: 4. Das Verhältnis der Arbeiter zu den Intellektuellen in unseren Parteiorganisationen. 5. Parteistatut. Darauf folgten die Fragen über das Verhalten zu anderen Parteien und Organisationen: 6. zu dem abgespaltenen Teil der S.D.A.P.R., 7. zu den nationalen sozialdemokratischen Parteien, 8. zu den Sozialisten-Revolutionären, 9. zu den Liberalen; zum Schluß standen 10. die Verbesserung der Propaganda und Agitation, 11. der Bericht des Zentralkomitees, 12. die Berichte der Lokalkomitees, 13. Wahlen, 14. Ueber die Ordnung der Veröffentlichung der Protokolle und das Indiensttreten der neugewählten Amtspersonen. Mit der Ausgabe der Protokolle des Parteitags wurde eine vom Parteitag besonders gewählte Kommission beauftragt, die schon ihre Arbeiten begonnen hat.

Das Zentralkomitee der S.-D. A.-P. R.

Resolution über den bewaffneten Aufstand.

In Anbetracht:

1. daß das Proletariat, als die durch ihre Lage fortgeschrittenste und einzige konsequent revolutionäre Klasse, berufen ist, die leitende Rolle in der allgemein demokratischen revolutionären Bewegung Rußlands zu übernehmen;

2. daß diese Bewegung im gegenwärtigen Moment schon die Notwendigkeit des bewaffneten Aufstands herbeigeführt hat;

3. daß das Proletariat in diesem Aufstande unvermeidlich den energischsten Anteil nehmen und das Schicksal der Revolution in Rußland entscheiden wird;

4. daß das Proletariat die führende Rolle in dieser Revolution nur im Fall spielen kann, wenn es als eine einheitliche, selbständige politische Macht unter dem Banner der sozialdemokratischen Arbeiterpartei auftritt, welche den Kampf nicht nur ideell, sondern auch praktisch leitet;

5. daß nur die Erfüllung dieser Aufgabe dem Proletariat möglichst vorteilhafte Bedingungen im Kampfe für den Sozialismus gegenüber den besitzenden Klassen des bürgerlich-demokratischen Rußlands sichern kann,

erklärt der dritte Parteitag der S.-D. A.-P. R. als eine seiner wichtigsten und dringendsten Aufgaben, in diesem revolutionären Moment das Proletariat zum unmittelbaren Kampfe gegen die Selbstherrschaft vorzubereiten und zum bewaffneten Aufstand zu organisieren. Darum empfiehlt der Parteitag allen Parteiorganisationen:

a) Dem Proletariat mittels Propaganda und Agitation nicht nur die politische Bedeutung, sondern auch die praktisch organisationelle Seite des bevorstehenden bewaffneten Aufstandes auseinanderzusetzen.

b) In dieser Propaganda und Agitation die Rolle der politischen Massenstreiks am Anfange und im Laufe des Aufstandes zu erklären.

c) Die energischsten Mittel zur Bewaffnung des Proletariats zu ergreifen, sowie zur Ausarbeitung eines Planes des bewaffneten Aufstandes zu schreiten und sich für die unmittelbare Leitung desselben vorzubereiten und zu diesem Zwecke, wo nötig, besondere Gruppen aus aktiven Parteigenossen zu gründen.

Resolution über die provisorische revolutionäre Regierung.

In Anbetracht:

1. daß sowohl die unmittelbaren Interessen des Proletariats als auch seine Interessen im Kampf für sein Endziel — den Sozialismus — eine möglichst vollständige politische

Freiheit, d. h. eine Ersetzung der absolutistischen Form der Regierung durch eine demokratische Republik erheischen;

2. daß die Verwirklichung einer demokratischen Republik in Rußland nur als Resultat eines siegreichen Volksaufstandes denkbar ist, dessen Organ eine provisorische revolutionäre Regierung sein muß, welche allein vor und während der Wahlen die volle Freiheit zu garantieren und eine konstituierende Versammlung auf der Grundlage des allgemeinen, gleichen und direkten und geheimen Wahlrechts einzuberufen imstande ist;

3. daß diese demokratische Umwälzung beim gegenwärtigen sozialökonomischen Zustande Rußlands die Herrschaft der Bourgeoisie keineswegs schwächen, sondern im Gegenteil verstärken wird, daß die Bourgeoisie ohne Zweifel im geeigneten Moment den Versuch machen wird, alle Mittel anzuwenden, um das Proletariat Rußlands um den größten Teil der Errungenschaften der Revolution zu prellen,

beschließt der dritte Parteitag der S.-D. A.-P. R.:

a) Es ist notwendig, in der Arbeiterklasse eine konkrete Vorstellung über den vermutlichen Gang der Revolution, über das in einem gewissen Moment unumgängliche Errichten einer provisorischen revolutionären Regierung, von der das Proletariat die Erfüllung aller nächsten politischen und ökonomischen Vorderungen unseres Programms (des Minimalprogramms) zu verlangen hat, zu verbreiten.

b) Abhängig von den Wechselbeziehungen der Kräfte und anderer Faktoren, die im voraus nicht genau bestimmt werden können, ist es zulässig, daß in der provisorischen revolutionären Regierung Bevollmächtigte unserer Partei teilnehmen, um einen schonungslosen Kampf mit allen kontrerevolutionären Gelüsten zu führen und die selbständigen Interessen der Arbeiterklasse zu vertreten

c) Als unumgängliche Bedingung einer solchen Beteiligung muß eine strenge Kontrolle der Partei über ihre Bevollmächtigten und die standhafte Verteidigung der Selbständigkeit der Sozialdemokratie, die zum endgültigen sozialistischen Ziele strebt und insofern gegen alle bürgerlichen Parteien unversöhnlich feindlich gestimmt ist, gefordert werden.

d) Unabhängig davon, ob der Sozialdemokratie die Möglichkeit, sich an der provisorischen revolutionären Regierung zu beteiligen, gegeben wird oder nicht, muß in den breitesten Schichten des Proletariats die Idee der Notwendigkeit eines beständigen Drucks auf die provisorische revolutionäre Regierung von seiten des von der Sozialdemokratie geleiteten Proletariats zum Zweck, die Errungenschaften der Revolution zu verteidigen, zu befestigen und zu erweitern, propagiert werden.

Resolution über das Verhalten zur Taktik der Regierung vor dem Umsturz.

In Anbetracht: daß die Regierung zum Zweck der Selbsterhaltung in der gegenwärtigen Revolutionsperiode die gewohnten Repressalien verschärft, die hauptsächlich gegen die klassenbewußten Elemente des Proletariats gerichtet, anderseits aber

1. den Versuch macht, durch Konzessionen und Reformversprechungen die Arbeiterklasse politisch zu demoralisieren und sie von dem revolutionären Kampfe abzuleiten,

2. zu diesem Zweck ihre heuchlerische Konzessionspolitik in pseudo-demokratische Formen kleidet, indem sie mit der Einladung der Arbeiter Vertreter in allerlei Kommissionen und Beratungen zu wählen beginnt und mit der Schaffung eines Zerrbildes von Volksvertretung in der Art des sogenannten „Semskj-Sobor" endet,

3. sogenannte „Schwarze Hunderte" organisiert und überhaupt alle reaktionäre, unbewußte, durch einen Religions- oder Rassenhaß verblendete Elemente des Volkes gegen die Revolution mobil macht,

beschließt der dritte Parteitag der S.-D. A.-P. R., allen Parteiorganisationen zu empfehlen:

a) die reaktionären Ziele der Regierungskonzessionen aufzudecken und in ihrer Agitation und Propaganda einerseits auf den erzwungenen Charakter dieser Konzessionen hinzuweisen und anderseits die unbedingte Unmöglichkeit zu betonen, daß der Absolutismus dem Proletariat irgendwelche befriedigende Reformen zu geben gewillt oder dazu imstande ist;

b) die Vorwahlagitation dahin auszunützen, um den Arbeitern den wirklichen Sinn solcher Maßnahmen auseinanderzusetzen und dem Proletariat die Notwendigkeit einer auf revolutionärem Wege einberufenen konstituierenden Versammlung auf der Grundlage des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts mit der geheimen Stimmengabe klarzumachen;

c) das Proletariat zur sofortigen revolutionären Verwirklichung des Achtstundentags und der anderen auf der Tagesordnung stehenden Forderungen der Arbeiterklasse zu organisieren;

d) einen bewaffneten Widerstand gegen die „Schwarzen Hunderte" und überhaupt gegen alle von der Regierung geleitete Elemente zu organisieren.

Resolution
über das offene politische Hervortreten der S.-D. A.-P. R.

In Anbetracht:

1. daß die revolutionäre Bewegung Rußlands im gewissen Grade die absolutistische Regierung schon aus den Fugen gebracht und desorganisiert hat, sodaß diese Regierung schon gezwungen ist, eine gewisse Freiheit des politischen Hervortretens den ihr feindlich gesinnten Klassen zu gewähren,

2. daß diese Freiheit des politischen Hervortretens jetzt hauptsächlich nur von den bürgerlichen Klassen ausgenützt wird, welche auf eine solche Weise noch mehr ihre ökonomische und politische Herrschaft über das Proletariat verstärken und damit die Gefahr, die Arbeiterklasse in ein einfaches Anhängsel der bürgerlichen Demokratie zu verwandeln, verschärfen,

3. daß unter den Arbeitermassen immer breiter und breiter das Streben zum selbständigen und offenen Hervortreten auf der politischen Bühne, sogar auch ohne die Beteiligung der Sozialdemokratie hervortritt, leitet der dritte Parteitag der S.-D. A.-P. R. die Aufmerksamkeit aller Parteiorganisationen auf die Notwendigkeit:

a) eine jede Möglichkeit eines offenen Hervortretens auszunutzen, um den allgemein demokratischen Forderungen die selbständigen Klassenforderungen des Proletariats gegenüber zu stellen und eben durch dieses Hervortreten zur Organisation des Proletariats in eine selbständige sozialdemokratische Macht beizutragen;

b) alle legalen und halblegalen Arbeitervereine, Verbände und ander Organisationen auszunutzen, um sie unter den Einfluß der Sozialdemokratie zu bringen und sie nach Möglichkeit in Stützpunkte einer zukünftigen öffentlichen S.-D. A.-P. R. umzuwandeln;

c) dafür zu sorgen, daß unsere Parteiorganisationen, unter Beibehaltung und Weiterentwicklung ihres konspirativen Apparats, ohne Verzug die geeigneten Vorbereitungen treffen, um bei jeder günstigen Gelegenheit, wenn irgend möglich, zur öffentlichen Tätigkeit der sozialdemokratischen Partei überzugehen, ohne dabei vor einem Zusammenstoß mit der bewaffneten Regierungsgewalt zurückzuschrecken.

Resolution über das Verhalten zu der Bauernbewegung.

In Anbetracht:

1. daß die sich immer breiter entwickelnde Bauernbewegung, obgleich sie spontan und politisch unbewußt ist, doch sich

unvermeidlich gegen die bestehende Ordnung und gegen alle Ueberreste der Leibeigenschaft wendet;

2. daß zu den Aufgaben der Sozialdemokratie die Unterstützung einer jeden revolutionären Bewegung, die sich gegen die bestehende soziale und politische Ordnung wendet, gehört;

3. daß aus diesen Gründen die Sozialdemokratie bestrebt sein muß, den revolutionär-demokratischen Inhalt der Bauernbewegung von allen reaktionären Zusätzen zu befreien, indem sie das revolutionäre Bewußtsein der Bauernschaft entwickelt und ihre demokratischen Forderungen ihrem logischen Ende zuführen hilft;

4. daß die Sozialdemokratie, als eine proletarische Partei, in allen Fällen und unter allen Umständen standhaft die selbständige Organisation des ländlichen Proletariats fördern und ihm den unversöhnlichen Gegensatz seiner Interessen zu den Interessen der Landbourgeoisie erläutern soll,

empfiehlt der dritte Parteitag der S.-D. A.-P. R. allen Parteiorganisationen:

a) in den breiten Massen des Volkes den Gedanken zu propagieren, daß die Sozialdemokratie sich die Aufgabe stellt, alle revolutionären Unternehmungen der Bauernschaft, die imstande sind, ihre Lage zu bessern bis zu der Konfiskation des den Gutsbesitzern, dem Staate, der Kirche, den Klöstern und den Domänen gehörenden Landes, energisch zu unterstützen;

b) als praktische Parole der Agitation unter Bauern und als Mittel die Bauernbewegung möglichst zielbewußt zu entwickeln, auf die Notwendigkeit der sofortigen Organisation von revolutionären Bauernkomitees hinzuweisen, die das Ziel verfolgen sollen, alle revolutionär-demokratischen Reorganisationen im Interesse der Befreiung der Bauernschaft von dem Joche der Polizei-Bureaukratie und der Gutsbesitzer durchzuführen.

c) Um den Absolutismus zu desorganisieren und den revolutionären Angriff zu unterstützen, die Bauernschaft und das Landproletariat zu den verschiedensten politischen Demonstrationen aufzufordern: zur kollektiven Verweigerung der Steuern und Abgabenzahlung, der Wehrpflicht, des Gehorsams gegen die Befehle und Verordnungen der Regierung und ihrer Beamten.

d) Die selbständige Organisation des Landproletariats zu erstreben, es zur Vereinigung mit dem Stadtproletariat unter dem Banner der sozialdemokratischen Arbeiterpartei und zur Durchführung seiner eigenen Vertreter in die Bauernkomitees zu bewegen.

Resolution
über den Teil unserer Partei, der sich abgesondert hat.

Der Parteitag konstatiert, daß in der S.-D. A.-P. R. seit der Zeit, wo sie den Kampf gegen den „Oekonomismus" führte, in verschiedener Form und verschiedener Beziehung diesem „Oekonomismus" verwandte Nuancen zurückgeblieben sind. Alle diese Nuancen können durch die allgemeine Tendenz charakterisiert werden, daß sie die Elemente des revolutionären Bewußtseins im proletarischen Kampfe zu erniedrigen und sie den Elementen des Eigenwillens zu unterwerfen bestrebt sind. Die Vertreter dieser Nuancen verteidigen in den Organisationsfragen theoretisch das der planmäßig formierten Arbeit der Partei nicht entsprechende Prinzip, daß die Organisation ein Prozeß sei. In der Praxis aber in einem großen Teil von Fällen führen sie ein System der Abweichung von der Parteidisziplin durch, in anderen Fällen wenden sie sich an den am wenigsten bewußten Teil der Partei mit der Lehre des Systems der Führerwahl und auf eine solche Weise sprengen sie das jetzt einzig mögliche Parteiband. In den taktischen Fragen äußern sie die Absicht, die Parteiarbeit zu verengen, indem sie sich gegen die vollständig unabhängige Parteitaktik in bezug auf die liberal-bürgerlichen Parteien, gegen die Möglichkeit, für unsere Partei die organisierende Rolle im Volksaufstande zu verlangen, und unter allen Umständen gegen die Beteiligung unserer Partei an der provisorischen demokratisch-revolutionären Regierung, wenden.

Der Parteitag fordert alle Genossen auf, einen energischen geistigen Kampf gegen solche Abschweifungen von den Prinzipien der revolutionären Sozialdemokratie zu führen, konstatiert aber zugleich, daß die Beteiligung in den Parteiorganisationen **von Personen, die sich in größerer oder geringerer Masse solchen Ansichten anschließen, möglich ist unter der Vorbedingung, daß sie die Parteikongresse und das Parteistatut anerkennen und sich vollständig der Parteidisziplin fügen.**

Resolution über das
Verhalten zu den nationalen sozialdemokratischen Organisationen.

In Anbetracht:

1. daß die Interessen des ökonomischen und politischen Kampfes des Proletariats die Vereinigung der sozialdemokratischen Organisationen aller Nationalitäten Rußlands erfordern;

2. daß der schon begonnene offene Kampf gegen das absolutistische Regime und der nahe bevorstehende bewaffnete Aufstand eine solche Vereinigung besonders notwendig macht,

beauftragt der dritte Parteitag, indem er sich der Resolution des zweiten Parteitags über die Frage des Föderalismus anschließt, das Zentralkomitee, sowie alle Lokalkomitees: sich mit den nationalen sozialdemokratischen Organisationen zu vereinigen, um auf eine solche Weise die ganze lokale Arbeit in Einklang zu bringen und so die Möglichkeit einer vollständigen Vereinigung aller sozialdemokratischen Parteien in eine einheitliche S.-D. A.-P. R. vorzubereiten.

Resolution über die praktischen Vereinbarungen mit den sozialistischen Revolutionären.

Das Verhalten der S.-D. A.-P. R. zu der Partei der Sozialistisch-Revolutionären, wie es in der Resolution des zweiten Parteitags formuliert ist, bestätigend, beschließt der dritte Parteitag:

1. daß zeitweilige Vereinbarungen der S.-D. A.-P. R. mit den Organisationen der Sozialistisch-Revolutionären im Kampf gegen den Absolutismus in einigen Fällen sehr nützlich sein können;

2. daß eine solche Vereinbarung keineswegs die vollständige Selbständigkeit der sozialdemokratischen Partei einschränken und die Reinheit und Einheitlichkeit ihrer proletarischen Taktik irgendwie verletzen soll; daher

beauftragt der dritte Parteitag der S.-D. A.-P. R. das Zentralkomitee und die lokalen Komitees: im Falle der Notwendigkeit gemeinsamen Kampfes Vereinbarungen mit den Organisationen der Sozialistisch-Revolutionäre zu treffen, wobei die lokalen Vereinbarungen nur unter der Kontrolle des Zentralkomitees abgeschlossen werden können.

Resolution über das Verhalten zu den Liberalen.

In Anbetracht:

1. daß die Sozialdemokratie die Bourgeoisie, soweit sie in ihrem Kampf mit dem Zarismus revolutionär oder auch nur oppositionell auftritt, unterstützen muß;

2. daß die Sozialdemokratie das Erwachen des politischen Bewußtseins der russischen Bourgeoisie bewillkommen muß, andererseits aber die Beschränktheit und die Unvollkommenheit der Freiheitsbewegung der Bourgeoisie überall, wo diese Un-

vollkommenheit und Beschränktheit sich äußert, dem Proletariat klar gemacht werden muß,

empfiehlt der Parteitag der S.-D. A.-P. R. dringend allen Genossen:

a) den Arbeitern den antirevolutionären und antiproletarischen Charakter der bürgerlich-demokratischen Richtung in allen ihren Nuancen, von den gemäßigt liberalen Gutsbesitzern und Fabrikanten bis zu dem mehr radikalen „Verband des Oswoboschdenje" und den mannigfachen Gruppen der Vertreter der „freien Professionen", zu erklären;

b) infolgedessen jeden Versuch der bürgerlichen Demokratie, die Arbeiterbewegung in ihre Hände zu nehmen und im Namen des Proletariats oder einzelner seiner Gruppen aufzutreten, energisch zu bekämpfen.

Anmerkung. Diese Resolution hebt die Resolution über das Verhalten zu den Liberalen, die vom Gen. Starowier vorgeschlagen und vom zweiten Parteitag angenommen wurde, auf.

Resolution über Propaganda und Agitation.

In Anbetracht:

1. daß die Aufgabe einer planmäßigen und harmonischen Organisation der revolutionär-proletarischen Bewegung bei ihrem jetzigen kolossalen Wachstum eine unvergleichbar größere Menge von sozialdemokratischen Kräften verlangt, als je zuvor;

2. daß es außerordentlich wichtig ist, zu Leitern der Bewegung — als Agitatoren, Propagandisten und besonders als Mitglieder der lokalen Komitees — eine möglichst große Zahl von aufgeklärten Arbeitern, d. h. von Leuten, die am unmittelbarsten mit dieser Bewegung verbunden sind und diese mit der Partei am engsten verbinden, heranzuziehen, und daß nur durch den Mangel an politischen Führern aus der Mitte der Arbeiterschaft das verhältnismäßige Uebergewicht der Intellektuellen in unseren Zentren erklärt werden kann;

3. daß die dazu notwendigen Kadres von Parteiarbeitern nur durch eine gründlich verbesserte und erweiterte Propaganda und Agitation erreicht werden können,

bestätigt der dritte Parteitag die Resolution des zweiten Parteitags über die Propaganda und beauftragt das Zentralkomitee:

a) Eine Gruppe zu bilden und sie mit der Ausarbeitung eines allgemeinen propagandistischen Programms und und mit der Ausarbeitung einer Reihe von populären Broschüren über die wichtigsten Fragen des Partei-

programms, der Taktik und Organisation zu beauftragen, wobei besonders auf die Veröffentlichung von Broschüren für die Propaganda unter den Bauern Gewicht zu legen ist.

b) Für die Gründung einer in Rußland erscheinenden populären Zeitschrift zu sorgen.

c) alle Mittel zur Organisierung von fliegenden Gruppen, von Agitatoren und Propagandisten anzuwenden.

d) Für die Herausgabe propagandistischer und Agitationsliteratur in dem jüdischen Jargon und anderen Sprachen zu sorgen und zu diesem Zwecke, wenn nötig, mit den lokalen Komitees in Verbindung zu treten.

Resolution über die Vorgänge im Kaukasus.

In Anbetracht:

1. daß die besonderen Bedingungen des sozialpolitischen Lebens im Kaukasus dazu beigetragen haben, dort die kampffähigsten Organisationen unserer Partei zu schaffen;

2. daß die revolutionäre Bewegung unter der Mehrheit der Bevölkerung des Kaukasus sowohl in den Städten, als auch auf dem Lande schon bis zum Aufstande des gesamten Volkes gegen den Absolutismus gelangt ist;

2. daß die absolutistische Regierung schon Militär und Artillerie nach Gurien geschickt hat und sich zur schonungslosen Vernichtung dieser Hauptherde des Aufstandes anschickt;

4. daß der Sieg des Absolutismus über den Volksaufstand im Kaukasus, ein Sieg, den die vielstammige Bevölkerung des Kaukasus erleichtern kann, die schwerwiegendsten Folgen für den Erfolg in ganz Rußland haben wird,

entsendet der dritte Parteitag der S.-D. A.-P. R. im Namen des klassenbewußten Proletariats Rußlands seine innigsten Grüße dem heroischen Proletariat und der Bauernschaft des Kaukasus und beauftragt das Zentralkomitee und die lokalen Komitees, die energischsten Mittel zu ergreifen, um durch eine Reihe von Broschüren, Arbeiterversammlungen, Meetings, Zirkelreferate u. dergl. möglichst weite Kreise mit den Vorgängen im Kaukasus bekannt zu machen und mit allen in seiner Disposition stehenden Mitteln die Bewegung im Kaukasus rechtzeitig zu unterstützen.

Resolution über das Zentralorgan.

In Anbetracht:

1. daß die Redaktion der „Iskra" nicht auf dem Parteitag erschienen ist und ihrerseits nichts unternommen hat, um ihre zukünftige Tätigkeit mit den Beschlüssen und Direktiven des dritten Parteitags in Einklang zu bringen;

2. daß die Tätigkeit der Redaktion der neuen „Iskra" keineswegs die Garantie bietet, daß sie in der Zukunft richtig die taktischen Fragen lösen wird,

beschließt der dritte Parteitag der S.-D. A.-P. R., daß die Zeitschrift „Iskra" hiermit aufhört, ein Zentralorgan der Partei zu sein und beauftragt das Zentralkomitee, ein neues Zentralorgan zu schaffen und ihm den Namen „Proletarier" zu geben.

Resolution über die Pflicht der Zentren ihre Peripherien über Parteiangelegenheiten in Kenntnis zu halten und ihre beratenden Stimmen zu beachten.

In Anbetracht: daß nur die weitgehenden Kenntnisse aller Mitglieder der Partei und die möglichst nahe Gemeinschaft der Zentren mit ihren Peripherien die einheitliche und produktive Arbeit unserer Partei garantieren können,

erklärt der dritte Parteitag der S.-D. A.-P. R. es als Pflicht des Zentralkomitees und der lokalen Zentren, alle Parteiorganisationen möglichst vollständig in Kenntnis zu halten über alles, was ein allgemein parteiliches oder lokales Interesse besitzt, wenn es die konspirativen Bedingungen nicht verhindern; ebenso ist es ihre Pflicht, unter Berücksichtigung derselben konspirativen Bedingungen bei der Beurteilung dieser Angelegenheiten die Peripherie-Organisationen mit beratender Stimme heran zu ziehen.

Resolution über die Geldunterstützung der Partei.

Der dritte Parteitag der S.-D. A.-P. R. lenkt die Aufmerksamkeit aller Parteimitglieder darauf, daß zwar die tatsächliche Unmöglichkeit, die Partei mit materiellen Mitteln zu unterstützen, selbstverständlich die für die Partei Tätigen ihres Rechts auf Parteimitgliedschaft nicht beraubt, doch andererseits eine materielle Unterstützung für unsere Partei, die eine proletarische, überaus wichtig ist. Neue politische Aufgaben, und besonders die mit einem Aufstande verbundenen, fordern viel größere Geldmittel als die bisherigen, während die sich entwickelnde selbständige Organisation der Bourgeoisie und ihre immer mehr wachsende Feindseligkeit gegenüber der Sozialdemokratie allen Grund zu der Annahme gibt, daß der Geldzufluß von außen immer geringer werden wird. Es ist notwendig, daß die Partei vollständig von ihren eigenen Mitteln leben kann.

Resolution über periodische Konferenzen der Vertreter von verschiedenen Parteiorganisationen.

In Anbetracht: daß die Vereinheitlichung der Parteiarbeit zur unaufschiebbaren Forderung unserer Partei geworden ist, daß eine solche Vereinheitlichung am besten durch eine gemeinschaftliche Aussprache über alle Fragen der sozialdemokratischen Theorie und Praxis erreicht werden kann,

spricht der dritte Parteitag der S.-D. A.-P. R. den Wunsch aus, es möchten sowohl das Zentralkomitee als auch die lokalen Komitees möglichst oft Konferenzen von Vertretern verschiedener Organisationen unserer Partei veranstalten.

Resolution über die Zeitschrift „Vperiod" (Vorwärts).

In Anbetracht der revolutionären Initiative, die die Zeitschrift „Vperiod" bekundet hat, indem sie mit der Kritik der in unsere Partei unter der offiziellen Fahne der „Iskra" eingedrungenen Abweichungen von den Beschlüssen des zweiten Parteitages hervortrat; in Anbetracht der revolutionären Wachsamkeit, die die Zeitschrift „Vperiod" in der Stellung und Beleuchtung der von der revolutionären Bewegung hervorgerufenen Fragen der Taktik offenbarte; in Anbetracht der Energie, mit der der „Vperiod" den Kampf gegen die in unserer Partei neuerwachten Demagogen geführt hat; und endlich in Anbetracht der hervorragenden Rolle, die die Zeitschrift „Vperiod" im Kampf für die Reorganisation der Partei und die Realisation des Parteitages gespielt hat,

spricht der dritte Parteitag der Redaktion des „Vperiod" seinen Dank aus.

Organisations-Statut

der sozialdemokratischen Arbeiter-Partei Rußlands.

---

§ 1. Als Mitglied der Partei wird eine jede Person betrachtet, die das Parteiprogramm anerkennt, die Partei durch materielle Mittel unterstützt und in einer ihrer Organisationen persönlich mitarbeitet.

§ 2. Die höchste Instanz der Partei ist der Parteitag. Er wird alljährlich vom Zentralkomitee der Partei einberufen. Falls die Einberufung eines Parteitags von den Parteiorganisationen, die zusammen das Recht auf die Hälfte der Stimmen auf dem Parteitag besitzen, verlangt wird, ist das Zentral-Komitee verpflichtet, innerhalb einer Frist von zwei Monaten einen außerordentlichen Parteitag einzuberufen. Der Parteitag ist beschlußfähig, wenn auf ihm so viele Organisationen vertreten sind, daß sie zusammen mehr als die Hälfte aller zur Teilnahme am Parteitage berechtigten Stimmen umfassen.

Anm. 1. Falls das Zentralkomitee sich weigert, einem von der Hälfte aller Komitees gestellten Antrag auf Einberufung eines Parteitages stattzugeben, so ist derselbe durch ein Organisationskomitee einzuberufen, das auf einer Konferenz von Vertretern der vollberechtigten Komitees gewählt wird. Das Organisationskomitee besitzt bei der Einberufung des Parteitags alle Rechte des Zentralkomitees.

Anm. 2. Das Verzeichnis aller neubestätigten Organisationen muß sofort im Zentralorgan der Partei veröffentlicht werden mit der Angabe des Datums, wann die Bestätigung durch das Zentralkomitee erfolgt ist.

§ 3. Zur Teilnahme am Parteitag sind berechtigt:

a) das Zentralkomitee;

b) alle Lokalkomitees, die keinem besonderen Komitee-Verbande angehören;

c) andere Organisationen, denen in dieser Beziehung die Rechte eines Komitees verliehen sind;

d) alle in der Partei anerkannte Komiteeverbände.

Jede der erwähnten Organisationen ist durch einen Delegierten vertreten, der eine Stimme besitzt. Das Zentralkomitee wird durch zwei Delegierte mit je einer Stimme vertreten, wobei einer der Delegierten der verantwortliche Redakteur des Zentralorgans sein muß.

Die Vertretung von Komiteeverbänden wird durch offizielle Statuten bestimmt.

Anm. 1. Das Vertretungsrecht haben nur die Organisationen, die wenigstens ein halbes Jahr vor dem Parteitag bestätigt sind.

Anm. 2. Dem Zentralkomitee wird es freigestellt, zum Parteitag Delegierte mit beratender Stimme von solchen Organisationen einzuladen, die den in Anm. 1 aufgestellten Bedingungen nicht entsprechen.

§ 4. Der Parteitag wählt das Zentralkomitee.

§ 5. Das Zentralkomitee vertritt die Partei im Verkehr mit anderen Parteien, wählt aus seiner Mitte einen verantwortlichen Redakteur des Zentralorgans, organisiert die Lokalkomitees, die Komiteesverbände und andere Parteiinstitutionen und leitet ihre Tätigkeit; es organisiert und leitet alle Unternehmungen, die eine allgemein parteiliche Bedeutung haben; verteilt die Kräfte und die Mittel der Partei und verwaltet die Zentralkasse der Partei; bringt zum Austrag die zwischen verschiedenen Parteiorganisationen und innerhalb der einzelnen Organisationen entstandenen Konflikte und leitet überhaupt die ganze Tätigkeit der Partei.

§ 6. Alle Parteiorganisationen, die eine ganze, allgemeine, ungeteilte Arbeit verrichten (die Lokal-, Rayons-, Fabrik-Komitees oder dergleichen) sind vollkommen selbständig (autonom) innerhalb des ihnen speziell zugewiesenen Arbeitsgebietes; der Grad der Autonomie von Gruppen, die eine teilweise spezielle Arbeit verrichten (die technischen, agitatorischen und dergleichen Gruppen) wird von den Zentren bestimmt, die sie begründet haben.

§ 7. Jede vom Parteitag oder vom Zentralkomitee bestätigte Organisation hat das Recht, unter ihrem Namen Parteiliteratur herauszugeben. Das Zentralkomitee ist verpflichtet, die Literatur einer jeden Organisation zu transportieren, wenn es von fünf vollberechtigten Komitees verlangt wird. Alle periodisch erscheinenden Parteidruckschriften sind verpflichtet, auf Verlangen des Zentralkomitees dessen Bekanntmachungen zu veröffentlichen.

§ 8. Außer den vom Parteitag bestätigten Organisationen können Parteiorganisationen vom Zentralkomitee bestätigt werden. Lokale Peripherie-Organisationen werden von den Lokalzentren bestätigt. Alle Verordnungen des Zentralkomitees sind für alle Parteiorganisationen obligatorisch. Alle Parteiorganisationen sind verpflichtet, 20 Prozent ihrer Einnahmen an die Zentralkasse abzuliefern. Das Komitee der ausländischen Organisationen ist verpflichtet, 90 Prozent seiner Einnahmen dem Zentralkomitee abzuliefern.

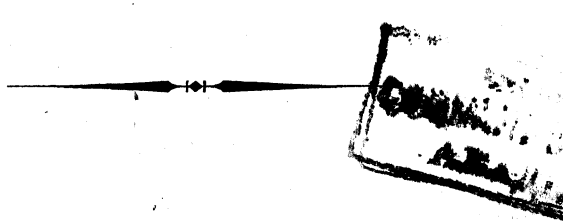
§ 9. Ein Lokalkomitee muß vom Zentralkomitee aufgelöst werden, wenn sich dafür zwei Drittel des Bestandes des Zentralkomitees und zwei Drittel der zu den lokalen Parteiorganisationen gehörigen Mitglieder aussprechen.

§ 10. Jedes Parteimitglied und jede Person, die mit der Partei in Verbindung steht, hat das Recht, zu verlangen, daß jede ihrer Erklärungen im Wortlaut dem Zentralkomitee, der Redaktion des Zentralorgans oder dem Parteitag übermittelt werde.

§ 11. Jede Parteiorganisation ist verpflichtet, dem Zentralkomitee und der Redaktion des Zentralorgans jede Möglichkeit zu gewähren, über ihre Tätigkeit und ihren Personalbestand sich zu informieren; sie ist verpflichtet, dem Zentralkomitee einmal in zwei Wochen genauen Bericht über ihre Tätigkeit abzustatten.

§ 12. Alle Parteiorganisationen fassen ihre Beschlüsse durch einfache Stimmenmehrheit. Die autonomen Organisationen haben das Kooptationsrecht. Aufnahme und Ausschluß von Mitgliedern erfolgt mit Zweidrittel-Stimmenmehrheit. Die Lokalkomitees haben das Recht, neue Mitglieder in die autonomen Peripherie-Organisationen einzuführen. Gegen den Beschluß über die Aufnahme oder den Ausschluß eines Parteimitgliedes kann an das Zentralkomitee appelliert werden.

Die Aufnahme neuer Mitglieder in das Zentralkomitee muß einstimmig geschehen. Die vom Zentralkomitee oder von den autonomen Peripherie-Organisationen empfohlenen Kandidaten werden durch einfache Stimmenmehrheit aufgenommen.



Verlag von G. Birk & Co., Buchdruckerei und Verlagsanstalt in München, Wittelsbacherplatz 2:

Dr. Franz Roberts: Die Schlaftänzerin Madeleine G.
Ein Protest gegen den Mißbrauch der Wissenschaft. Preis 20 Pfg. (24 Seiten.)

Julius Dahlteich: Ferdinand Lassalle und die Anfänge der deutschen Arbeiterbewegung.
Mit einem Bildnisse Lassalles. Preis 1 Mark. (96 Seiten.)

Die Frage der Taktik. Reden der Abgeordneten Bebel und v. Vollmar auf dem Parteitage zu Dresden. Preis 20 Pfg. (72 Seiten.)

Aug. Müller: Arbeiter-Sekretariate u. Arbeiterversicherung in Deutschland. Preis 3 Mark. (184 Seiten.)

Otto Rühle: Arbeit und Erziehung. Eine pädagogische Studie. Preis 50 Pfennig. (80 Seiten.)

Dr. R. Böhme: Der Tyrannenmord nach der Lehre der katholischen Kirche. Preis 1 Mark.